

Liebe Friedensinteressierte,

nachfolgend einige Informationen zu den Kriegen in der Ukraine und in Westasien - heute mit Schwerpunkt Israel und Palästina:

- 1. n tv: Reaktion auf Nordkoreas Kräfte - Strack-Zimmermann will "NATO-Soldaten in Ukraine-Uniform"**
- 2. n tv: Nach Tomahawk-Bericht: Selenskyj kritisiert mangelnde Vertraulichkeit unter Partnern**
- 3. SZ: Naher Osten: Netanjahu zerstört auch Israel**
- 4. MEE: Was ist Israels "Generals"-Plan und was bedeutet das für den Krieg gegen Gaza?**
- 5. taz: Siedlungsbau im Westjordanland - Zwischen den Fronten**
- 6. Eurotopics: Was bedeutet das Verbot des UN-Palästina-Hilfswerks?**
- 7. ARD: Krieg im Libanon: Raketen auf Zivilisten (Bericht über das „Haus des Friedens“)**
- 8. RND: Weiter keine deutschen Kriegswaffen für Israel**
- 9. taz: Israelische Kriegsdienstverweigerer - Nicht mehr ihr Krieg**
- 10. taz: Israelische Staatsbürger*innen rufen zu wirksamem internationalem Druck für einen sofortigen Waffenstillstand auf**
- 11. Standing Together**
- 12. IPG: Koalition der Mittelmächte**

1. n tv: Reaktion auf Nordkoreas Kräfte - Strack-Zimmermann will "NATO-Soldaten in Ukraine-Uniform"

<https://www.n-tv.de/politik/Strack-Zimmermann-will-NATO-Soldaten-in-Ukraine-Uniform-article25314406.html>

Politik

Reaktion auf Nordkoreas Kräfte

Strack-Zimmermann will "NATO-Soldaten in Ukraine-Uniform"

25.10.2024, 10:46 Uhr

Bis zu 12.000 Nordkoreaner sollen sich in Russland auf einen Einsatz in der Ukraine vorbereiten. Verteidigungsexpertin Strack-Zimmermann spricht angesichts dieser Entwicklung von einer "Achse des Bösen". Sie fordert eine Kriegsbeteiligung der NATO.

Angesichts von Tausenden nordkoreanischen Soldaten, die sich in Russland auf einen Kriegseinsatz in der Ukraine vorbereiten, fordert Marie-Agnes Strack-Zimmermann eine Reaktion der NATO. "Wir haben es hier mit einer unvorstellbaren Provokation der freien westlichen Welt gegenüber zu tun. Die Achse des Bösen ist aktiv", so die FDP-Politikerin zur "Rheinischen Post". Es sei "keine Frage einzelner Nationen. Die NATO muss reagieren." Sie sprach weiter davon, dass es die "große, erste Herausforderung für den neuen NATO-Generalsekretär Marc Rutte" sei.

"Wir" dürften so etwas nicht zulassen, sagte die Verteidigungsexpertin weiter. "Wer garantiert uns denn, dass nicht in wenigen Jahren nordkoreanische Soldaten im Baltikum eingesetzt werden?" Die westliche Welt müsse eine Antwort auf diese Frage finden. "Und sei's, dass jedem nordkoreanischen Soldaten in russischer Uniform ein NATO-Soldat in ukrainischer Uniform gegenübersteht."

Damit sprach sich Strack-Zimmermann für den aktiven Einsatz der internationalen Truppen im Kriegsgebiet aus. Auch die deutsche Bundeswehr wäre dann gefordert. Ob die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Europaparlament den Eintritt der Ukraine in die NATO dafür nötig hält, konkretisierte sie jedoch nicht.

"Putin eskaliert jeden Tag"

"Wir haben es bei Wladimir Putin mit jemandem zu tun, der jeden Tag eskaliert", warnte sie zuvor bei ntv. "Wir müssen resilient sein und wir müssen klar sein, dass wir bereit sind, uns zu wehren." Dass jetzt

bis zu 12.000 Nordkoreaner in Russland ausgebildet werden, um gegen die Ukraine und die westliche Welt zu kämpfen, sei "eine weitere Eskalation Putins".

Es sei nicht sinnvoll, wenn man wegschaue "und dann passiert nichts": "Wladimir Putin muss wissen, dass wir nicht nur willens, sondern auch fähig sind, uns zu verteidigen", so Strack-Zimmermann weiter. Der russische Präsident täte gut daran, "nicht mal darüber nachzudenken, uns anzugreifen".

Europa würde sicherer werden, wenn die NATO der Ukraine zur Seite stünde. Die Abgeordnete bekräftigte bei ntv weiter, dass es sinnvoll wäre, die Luft-Boden-Raketen "Taurus" an die Ukraine zu liefern. Sie hofft, dass Friedrich Merz, der sich zuletzt ebenso dafür aussprach, sich innerhalb der CDU weiter für die Lieferung einsetzt. In den Ost-Bundesländern würde er jedoch auf Widerstand treffen.

Quelle: ntv.de, mpa

2. n tv: Nach Tomahawk-Bericht: Selenskyj kritisiert mangelnde Vertraulichkeit unter Partnern

<https://www.n-tv.de/politik/17-33-Selenskyj-Haben-nur-zehn-Prozent-von-zugesagter-US-Hilfe-erhalten--article23143824.html>

30.10.2024

15:40 Nach Tomahawk-Bericht: Selenskyj kritisiert mangelnde Vertraulichkeit unter Partnern

Der ukrainische Präsident Selenskyj deutet an, die USA um Tomahawk-Marschflugkörper gebeten zu haben. Bei einer Pressekonferenz vor Journalisten der nordischen Länder am Dienstag spricht er über entsprechende Medienberichte. "Sie sagen, dass die Ukraine viele Raketen haben will, wie Tomahawks und so weiter. Aber es handelte sich um vertrauliche Informationen zwischen der Ukraine und dem Weißen Haus.

Wie sind diese Botschaften zu verstehen? Das bedeutet, dass es unter Partnern keine Vertraulichkeit gibt." Die "New York Times" hatte am Dienstag von einer entsprechenden Bitte berichtet, die in US-Kreisen jedoch als unmachbar zurückgewiesen worden sei. Tomahawks haben eine Reichweite von 2500 Kilometern, weiter als jede Rakete im gegenwärtigen Arsenal der Ukraine. Etwa ab Minute 9.30 geht es in dem Video der Pressekonferenz, das an diesem Mittwoch veröffentlicht wurde, um die Tomahawks.

3. SZ: Naher Osten: Netanjahu zerstört auch Israel

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/benjamin-netanjahu-israel-hisbollah-gaza-westjordanland-libanon-hamas-kommentar-lux.NNCCnv64M27CzyUJfHCus1?reduced=truehttps://paxchristi.net/wp-content/uploads/2024/10/Joint-Statement-Open-Call-for-a-Ceasefire-in-Gaza-Lebanon-and-Israel-and-End-to-Impunity-October-2024.pdf>

Naher Osten: Netanjahu zerstört auch Israel

23. Oktober 2024, 14:16 Uhr

Der Premier will den Krieg seiner Armee umbenennen in „Tekuma“, Wiedergeburt.

Dabei verfolgt er seit Jahren eine Strategie, die genau das Gegenteil davon ist.

Kommentar von [Peter Münch](#)

(...)

4. MEE: Was ist Israels "Generals"-Plan und was bedeutet das für den Krieg gegen Gaza?

<https://www.middleeasteye.net/explainers/israel-gaza-palestine-what-generals-plan>

Was ist Israels "Generals"-Plan und was bedeutet das für den Krieg gegen Gaza?

Die Strategie, die auch als Eiland-Plan bekannt ist, wurde in einem Militärforum veröffentlicht, das die Bemühungen der Armee gegen Palästina kritisiert. Warum wird jetzt diskutiert? Israels Krieg gegen Gaza hat nun mehr als 42.000 Palästinenser in 12 Monaten getötet, ein Ende ist nicht in Sicht.

In Israel gab es Unzufriedenheit über den mangelnden Fortschritt, da Geiseln immer noch in der palästinensischen Enklave festgehalten wurden und eine zweite Front für die überforderte israelische Armee mit ihrer Invasion im Libanon im September eröffnet wurde.

Viele im israelischen Militär und anderswo suchen jetzt auf den "Generalsplan", auch bekannt als der Eiland-Plan, um die Niederlage der Hamas zu sichern. Auf seinem einfachsten Vorschlag einer Gruppe hochrangiger Reservisten beinhaltet die ethnische Säuberung des nördlichen Gazastreifens von Menschen und dann die Belagerung der Region, einschließlich der Einstellung der Einreise humanitärer Hilfsgüter, um jeden, der noch übrig geblieben ist, einschließlich palästinensischer Kämpfer, auszuhungern.

Wer hat den Plan der Generale geschrieben?

Der Plan wurde Ende September 2024 vom Forum of Commanders and Soldiers in the Reserves veröffentlicht, einer israelischen NGO, die sich als Berufsgremium mit mehr als 1.500 Armeeeoffizier definiert.

Das Forum sagt, dass es mit vier klaren Zielen etabliert wurde:

- Die Doktrin des Krieges ändern
- Übergang vom Konzept der Abschreckung zum Begriff der Entschlossenheit
- Die Einführung von mehr offensiven Offizieren in den Generalstab, der die Armee leitet
- Ein klarer Sieg gegen den Feind in allen Sektoren

Die Gruppe kritisiert die Strategie der israelischen Armee in Gaza seit Oktober 2023 und ihr Versäumnis, ihre Kriegsziele zu erreichen.

Wer ist Giora Eiland?

Die zentrale Figur hinter dem Plan ist Giora Eiland, eine pensionierte Generalreserve, die Leiter der Operationen und Planungsabteilungen der Armee war und später den Nationalen Sicherheitsrat leitete. (...)

Wie reagierte es in Israel auf den Plan der Generale?

Die Idee hinter dem Plan, nämlich Palästinenser, die aus ihrem Land vertrieben wurden, war bei der Rechten in Israel immer beliebt. Sicherlich ist diese Massenbewegung der Bevölkerung des Gazastreifens seit Beginn des Krieges eines der erklärten Ziele und zentralen Ziele Israels.

Die Ausweisung der palästinensischen Bevölkerung wurde wiederholt in Erklärungen von rechtsgerichteten israelischen Regierungsführern gefordert, darunter Finanzminister Bezalel Smotrich und Sicherheitsminister Itamar Ben Gvir.

Im Oktober 2023 veröffentlichte das israelische Geheimdienstministerium unter der Leitung von Gila Gamliel ein Dokument, in dem es "die Evakuierung der Gaza-Bevölkerung in den Sinai... empfiehlt, die Bevölkerung nicht zu Aktivitäten oder Wohnsitz in der Nähe der israelischen Grenze zurückzukehren".

5. taz: Siedlungsbau im Westjordanland - Zwischen den Fronten

<https://taz.de/Siedlungsbau-im-Westjordanland/!6043087/>

Siedlungsbau im Westjordanland

Zwischen den Fronten

Im Westjordanland kämpfen christliche Palästinenser*innen dagegen, dass ihr Land enteignet wird.

Ein Besuch bei Familien, die bleiben wollen.

27.10.2024 9:09 Uhr

Von Mirco Kellert

(...)

Am 31. Juli wurde die palästinensische Familie von ihrem 5.000

Quadratmeter großen Grundstück in Battir vertrieben. Frühmorgens tauchte eine Gruppe junger Siedler auf, wortlos tauschten sie das Eingangstor des Grundstücks mitsamt Schloss aus und besetzten das Gelände.

Soldaten begleiteten die Eindringlinge, ebenso der Bürgermeister der benachbarten jüdischen Siedlung Gusch Etzion. Anfang Oktober kamen sie mit Bulldozern wieder und rissen das Haus nieder.

Was Familie Kisiya widerfuhr, ist Teil eines größeren Vorhabens: Im Schatten des Gaza- und Libanonkriegs weitet die israelische Regierung den Siedlungsbau aus. Auf einer ultranationalistischen Konferenz an der Grenze zum Gazastreifen sagte der rechtsextreme Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, am Montag:

„Wenn wir es wollen, können wir die Siedlungen im Gazastreifen erneuern.“ Auch Mitglieder der Likud-Partei von Benjamin Netanjahu waren dabei. Im Jordantal erklärte Finanzminister Bezalel Smotrich im September 1.270 Hektar, eine Fläche knapp viermal so groß wie der Central Park in New York, zu sogenanntem Staatsland.

Rund um Bethlehem stehen nun christliche Palästinenser*innen im Visier der Siedler. Denn ihre Grundstücke auf Berghängen und ertragreichen Böden stehen Smotrichs Plan im Weg, jüdische Siedlungen durch Expansion zu verbinden. In Beit Jala versuchen Familie Kisiya und ihre Unterstützer*innen, mit einer Kampagne und einem Protestcamp gegen die Konfiszierung des Landes vorzugehen. (...)

An diesem Oktobertag sind Menschenrechtsaktivist*innen aus dem Norden der Westbank angereist, aber auch aus Tel Aviv. Auf Instagram hat Alice Kisiya den Protest ihrer Familie weltweit bekannt gemacht. Nun wartet die 30-Jährige zusammen mit Freunden und Aktivistinnen auf einen Beschluss des Distriktgerichts in Jerusalem. Dieser wird die Rückkehr der Familie ermöglichen – oder sie endgültig aus dem Tal vertreiben. Zur Zeit wohnt die Familie in einem angemieteten Haus.

Mehrere Nachbar*innen konnten dem Druck der nur wenige Kilometer entfernt lebenden Siedler*innen nicht standhalten. In den letzten Monaten tauchten immer wieder Bewaffnete oder Patrouillen der israelischen Armee auf ihren Grundstücken auf, berichten sie.

Viele im Tal haben ihr Land daher verkauft, andere sind vorübergehend weggezogen. Doch das Grundstück der Kisiyas liegt wie ein Sperrriegel zwischen einem erst kürzlich von Israels Finanzminister Smotrich eröffneten, ausschließlich für Israelis gebauten Wohngebiet oberhalb von Battir und den alten, bereits zu Städten gewordenen Siedlungen aus den letzten Jahrzehnten.

Seelenruhig fahren einige Siedler, sie scheinen noch nicht volljährig zu sein, in einem elektrischen Golfwagen am Zelt vorbei. In Bethlehem decken sie sich mit Lebensmitteln ein. Nach den Handgreiflichkeiten der ersten Tage nach der Vertreibung setzen Besatzer und Vertriebene auf Distanz, denn wer im Tal das Sagen hat, ist eindeutig: Die Siedler haben automatische M16-Schnellfeuergewehre geschultert.

(...)

Wut auf die Besatzer*innen ihres Grundstücks spürt Alice Kisiya nicht. „Es sind minderjährige Jungs“, sagt Kisiya, die vom Anführer der Gruppe, einem Argentinier namens Gacha, benutzt würden. „In den ersten Tagen der Besetzung haben sie uns nach Essen gefragt, oft waren sie betrunken“.

Wütend sei Kisiya vielmehr auf die Lobbyorganisation „Jewish National Fund“ (JNF), die weltweit Spenden für Umwelt- und Naturschutz in Israel sammelt. „Tatsächlich aber finanziert der JNF über Tochterfirmen im Westjordanland den Ausbau der Siedlungen“, sagt Kisiya.

„Gesetze sind machtlos gegenüber den Plänen der Nationalisten“

Im Februar hatten israelische Medien berichtet, dass das Management des JNF nun vorhabe, Grundstücke im Westjordanland für die Erweiterung von jüdischen Siedlungen anzukaufen. Nach ähnlichen Vorwürfen israelischer Menschenrechtsorganisationen hat die kanadische Regierung im Sommer den JNF auf ihre Sanktionsliste genommen.

Die Besetzer von Familie Kisiyas Land begründen ihre Übernahme mit einem vermeintlichen Richterspruch. „Sie sagen, sie hätten ein Gerichtsurteil, das ihnen nach über 55 Jahren ihren Besitz wieder gebe“, sagt Alice Kisiya. „Sie behaupten, meine Familie hätte das damals von der JNF gekaufte Grundstück besetzt, aber konnten weder uns noch unserem Rechtsanwalt irgendwelche Beweise dafür vorlegen. Wir hingegen haben unsere Besitzdokumente offengelegt.“

Als Palästinenserin mit israelischem Pass habe sie sich bisher irgendwie geschützt gefühlt, sagt Alice Kisiya. „Aber nun zeigt sich, wie machtlos die Gesetze gegenüber den Plänen der Nationalisten sind.“

(...)

„Dahers Weingarten“ hat das Ehepaar Nassar ihr 10 Hektar großes Grundstück hier oben genannt. Namensgeber war der Urgroßvater von Daoud Nassar, der das Grundstück 1924 bei den britischen Behörden registrieren ließ. Die Nassars sind eine der wenigen Familien im Westjordanland, die Besitzt Dokumente im Original aus osmanischer und britischer Kolonialzeit vorweisen können.

Dennoch müssen sich die Nassars vor israelischen Militärgerichten gegen ihre Enteignung wehren, seit 30 Jahren. Die israelische Behörde COGAT, die für „Palästinenserangelegenheiten“ zuständig ist, hat das Gebiet rund um Nahalin verstaatlicht. „Ziel ist es, die umliegenden Siedlungsblöcke aus kleineren Einheiten zu einer zusammenhängenden Stadt zu formen,“ glaubt Daoud Nassar.

Immer wieder tauchen Siedler aus der direkt unterhalb von „Dahers Weingarten“ gebauten Tora-Schule auf und beschimpfen das Ehepaar und ihre drei Kinder. „Manchmal schaue ich nachts in die Gewehrläufe einer Armeepatrouille, die sich auf unser Privatgrundstück verirrt hat“, sagt die 50-jährige Amal Nassar, Daouds Frau und Mitstreiterin.

Über 50 Gerichtstermine hat die Familie bereits hinter sich. Die nächste Entscheidung darüber, ob das Grundstück wieder auf ihren Namen registriert werden kann oder ob sie gehen müssen, findet am 18. Dezember vor einem Militärgericht statt.

Amal Nassar wirkt ähnlich entschlossen wie Alice Kisiya. Die Angst vor Angriffen durch Siedler*innen ist auf „Dahers Weingarten“ Alltag. „So profan es klingt: Wir halten dem Druck nur deswegen stand, weil wir uns weigern, Feinde zu sein“, sagt die gläubige Christin und zeigt auf das Kreuz, das über der Veranda ihres Steinhauses hängt.

„Wir weigern uns, den Hass zu empfinden, der uns von den Siedlern entgegenschlägt. Als unsere Olivenbäume von einem Bulldozer zerstört wurden, haben wir eben neue gepflanzt.“

Ein Grund, warum das Ehepaar Nassar noch in Nahalin ausharrt, ist ihr Projekt „Zelt der Nationen“, mit dem sie aus ihrem landwirtschaftlichen Betrieb ein internationales Austauschprojekt gemacht haben.

2001 haben die Nassars damit eine lang gehegte Idee von Amals Vater umgesetzt, erzählt sie: „Als mein Vater 1976 starb, hatte er Jahrzehnte lang nur Konflikte erlebt. Es war seine Idee, einen Ort zu schaffen, an dem Dialog und Versöhnung auf lokaler und internationaler Ebene stattfinden kann.“

Über ihre Webseite „Tent of Nations“ melden sich seitdem Freiwillige aus der ganzen Welt und verbringen zwischen ein und drei Wochen mit den Nassars. Fünf Gäste aus den Niederlanden, Frankreich, Belgien und Kanada helfen derzeit beim Bewässern der Felder.

„In den ersten Jahren organisierten wir Seminare über das friedliche Miteinander der Religionen in Palästina“, erinnert sich Amal. „Jetzt geht es darum, dass die Nassars nicht vertrieben werden“, fällt ihr Marianne aus Rotterdam ins Wort. Die 64-Jährige ist das dritte Mal in „Dahers Weingarten“.

Die Nassars sind sich sicher: Ohne die Anwesenheit internationaler Gäste hätten die Siedler das Gelände bereits übernommen. Die An- und Abreisen organisieren die Gäste mittlerweile unter sich. „Die Nassars dürfen keine einzige Minute hier alleine sein“, sagt Marianne. (...)

Amal Nassar will trotzdem nicht aufgeben. „Wir können uns der Intoleranz nicht beugen“, sagt sie. Sie hat Hoffnung. „Unser Projekt soll ein Beweis dafür sein, dass in Palästina alle friedlich zusammen leben könnten, wenn es den Willen der politisch Verantwortlichen gäbe.“

In Beit Jala will auch Alice Kisiya weiter protestieren. Ab und zu beobachtet sie im Morgengrauen die Besatzer ihres Hauses aus der Ferne: „Ich sehe auch die jungen Siedler nicht als meine Gegner, auch sie sind Opfer. Sie werden im Namen einer Ideologie instrumentalisiert, die sich gegen alles richtet, was diesen Flecken Erde so einzigartig gemacht hat.“

— —

6. Eurotopics: Was bedeutet das Verbot des UN-Palästina-Hilfswerks?

<https://www.eurotopics.net/de/328622/was-bedeutet-das-verbod-des-un-palaestina-hilfswerks>

30. Oktober 2024

Was bedeutet das Verbot des UN-Palästina-Hilfswerks?

Israel hat dem Palästinenserhilfswerk UNRWA seine Arbeit auf israelischem Territorium ab dem nächsten Jahr verboten. Der Beschluss der Knesset könnte das Leben in den Palästinensergebieten erheblich erschweren, da Israel die Grenzen dorthin kontrolliert. Kommentatoren hinterfragen die Terrorvorwürfe gegen die Organisation und beleuchten Hintergründe.

Le Temps (CH) / 29. Oktober 2024

Frontal gegen die UN-Charta

Israel vollzieht einen radikalen Bruch mit der internationalen Gemeinschaft, urteilt Le Temps:

„Das ist der Höhepunkt einer Kriegserklärung, die sich nicht nur gegen die Palästinenser richtet, von denen Millionen von der UN-Organisation abhängen, sondern auch gegen das internationale System. Ihre Umsetzung lässt Israel die UN-Charta frontal brechen. ... Die USA, aber auch die meisten westlichen Länder, darunter Frankreich und Deutschland, hatten die israelischen Behörden vor der Versuchung gewarnt, diesen Schritt zu tun, der Israel noch stärker in den Status eines Pariastaats hinsichtlich des internationalen Rechts treibt. Vergeblich.“

—

Der Standard (A) / 29. Oktober 2024

Populismus auf dem Rücken der Schwächsten

Der Standard hält nichts von dem Vorhaben der Knesset:

„Die von Israel erhobenen Terrorvorwürfe rund um den 7. Oktober 2023 betreffen einen verschwindend geringen Teil der Mitarbeiter, die UN haben vor Monaten deshalb Entlassungen durchgeführt. Andere Vorwürfe können Grund für Kritik und Ermittlungen sein, rechtfertigen aber kein Verbot, das nun die gesamte humanitäre Hilfe für den Gazastreifen gefährdet. ... Das UNRWA-Verbot ist Populismus auf dem Rücken der Schwächsten. Und es passt in ein Bild, das Israel von der Welt, von

internationalen Institutionen zeichnet: Die UN, Hilfsorganisationen, Gerichte – sie alle sollen sich angeblich gegen Israel verschworen haben und dessen Kampf gegen den Terror behindern.“

— —

(...)

Süddeutsche Zeitung (DE) / 29.10.2024

Könnte am Ende "Groß-Israel" stehen?

Für die Süddeutsche Zeitung liegt der Gedanke nahe, dass zumindest Teile der israelischen Führung ein weitreichendes Ziel verfolgen:

„Palästinensisches Leben in den besetzten Gebieten – also in Gaza, dem Westjordanland und in Ostjerusalem – soll unerträglich gemacht werden. Wer dies zusammen mit der fast völligen Zerstörung des Gazastreifens im Kampf gegen die Hamas und mit der von der Regierung Benjamin Netanjahu immer rascher vorangetriebenen Siedlungsbewegung im Westjordanland betrachtet, muss den Verdacht hegen, dass am Ende all dessen die Vision eines Groß-Israel steht. ... Dass das Anti-UNRWA-Gesetz nun Zuspruch von Regierungsparteien und Opposition bekommen hat, zeigt, dass dies nicht mehr völlig undenkbar ist.“

—

DE VOLKSKRANT (NL) / 30. OKTOBER 2024

Westen muss nun eingreifen

Die internationale Gemeinschaft darf nicht weiter passiv zuschauen, fordert De Volkskrant:

„Die legitime Selbstverteidigung Israels gegen die Hamas ist schon längst zu einer kollektiven Bestrafung der Palästinenser in Gaza geworden, zum Verstoß gegen das internationale Recht. ... Die USA und Europa müssen mit Sanktionen deutlich machen, dass sie die immer

weiter zunehmende Radikalisierung der israelischen Politik gegen die Palästinenser nicht länger tolerieren. Die internationale Gemeinschaft kann nicht länger passiv zuschauen, wie sich die Lage im Gazastreifen weiter verschlechtert.“

7. ARD: Krieg im Libanon: Raketen auf Zivilisten (Bericht über das „Haus des Friedens“)

<https://www.ardmediathek.de/video/monitor/krieg-im-libanon-raketen-auf-zivilisten/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmEtZjMyMGExOTUtNDQ4MS00MWZhLTg0N2MtNzY1ZWl5M2M3Njhm>

Krieg im Libanon: Raketen auf Zivilisten

24.10.2024 · Monitor · Das Erste

MONITOR-Reporter:innen haben einen Fall genau untersucht. Bei einem Angriff Israels auf ein deutsch-libanesisches Begegnungszentrum starben sechs Menschen. Nimmt die israelische Armee keine Rücksicht auf Zivilisten?

—

Dazu die Initiative zum Wiederaufbau dieses Begegnungszentrums:

https://frieden-libanon.de/wp-content/uploads/2024/10/2024_10_15_Spendenaufruf.pdf

Spendenaufruf: Dar Assalam im Libanon braucht Ihre Hilfe

8. RND: Weiter keine deutschen Kriegswaffen für Israel

<https://www.rnd.de/politik/israel-weiter-keine-deutschen-kriegswaffen-nur-sonstige-ruestungsgueter-YJSAOEI4ZFKZXDOYC6AQKC47CA.html>

Rüstungsexporte in den Nahen Osten

Weiter keine deutschen Kriegswaffen für Israel

Israel erhält zwar wieder in größerem Umfang Rüstungsgüter aus Deutschland. Aber eine Kategorie bleibt außen vor. Dies sorgt bei der Opposition für Verstimmung.

29.10.2024, 07:20 Uhr

Berlin. Die Bundesregierung genehmigt zwar wieder in größerem Stil Rüstungslieferungen an Israel, Kriegswaffen sind aber weiterhin nicht dabei. Bei den vom 1. August bis 17. Oktober erlaubten Exporten im Wert von 94,05 Millionen Euro handele es sich ausschließlich um „sonstige Rüstungsgüter“, heißt es in einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der BSW-Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

Das bedeutet, dass die Bundesregierung insgesamt seit Anfang März keine Lieferung von Kriegswaffen mehr genehmigt hat. Sie hat aber immer betont, dass es keinen generellen Exportstopp dafür gibt, sondern im Einzelfall entschieden wird.

9. taz: Israelische Kriegsdienstverweigerer - Nicht mehr ihr Krieg

<https://taz.de/Israelische-Kriegsdienstverweigerer/!6041576/>

Israelische Kriegsdienstverweigerer

Nicht mehr ihr Krieg

130 israelische Deserteure erklären in einem gemeinsamen Brief, warum

sie sich weigern, weiter zu kämpfen. Die taz hat mit drei von ihnen gesprochen.

25.10.2024 10:18 Uhr

Von Felix Wellisch aus Tel Aviv

Max Kresch will nicht mehr kämpfen. Der drahtige 28-Jährige steht auf dem Vorplatz des Tel Aviver Kunstmuseums. Statt Uniform trägt er Jeans und T-Shirt, vor dem nächsten TV-Interview steckt er sich eine gelbe Schleife an den Kragen: das Symbol für die Forderung nach einer Rückkehr der von der Hamas entführten Geiseln. „Für dieses Land und diese Regierung bin ich nicht mehr bereit mein Leben zu opfern“, sagt er.

Zusammen mit ihm haben 129 andere Reservisten und Wehrdienstleistende Anfang Oktober einen Brief unterschrieben, so lange nicht mehr zum Dienst zu erscheinen, bis ein Abkommen zur Freilassung der Geiseln und für ein Ende des Krieges geschlossen wird. Seitdem hört das Telefon von Max Kresch kaum noch auf zu klingeln.

Dass 130 Soldaten ihren Dienst verweigern, während die Kämpfe gegen die Hisbollah im Libanon immer mehr an Fahrt aufnehmen und ein Krieg mit dem Iran jederzeit beginnen könnte, das sorgt für Diskussionen in Israel. Israelische Medien haben Vorrang bei Interviewanfragen, sagt Kresch in sein Handy. „Wir wollen laut sein und widersprechen, in einer Zeit, in der viele es sich nicht trauen.“

Für die Armee kommt das zur Unzeit. Nach einem Jahr Krieg verweigerten manche Reservisten im Stillen schon aus reiner Erschöpfung den Dienst, teilt die Organisation Misvarot mit, die Verweigerer unterstützt. Seit Kriegsbeginn sei die Zahl der Beratungsanfragen um das Vierfache gestiegen, das Militärgefängnis für Deserteure überbelegt.

Und nun wollen 130 Kriegsdienstverweigerer über ihre Motivlage reden, davon 64 mit vollem Namen: über das, was sie erlebt haben und über die Krise, in der sie die Armee und deren Führung ein Jahr nach Kriegsbeginn sehen.

Die israelische Armee ist auf Reservisten angewiesen, 220.000 von ihnen wurden nach dem 7. Oktober mobilisiert. Zudem genießt sie über alle politischen Gräben hinweg Vertrauen. Debatten über die Armee sind in dem extrem militarisierten Land sensibel.

Fast alle sind sich einig: Ohne die Armee würde Israel im Nahen Osten nicht lange existieren. Wer in den Monaten nach dem Hamas-Überfall mit Israelis egal welcher politischen Ausrichtung sprach, bekam oft zu hören: „Die Armee wird das Richtige tun.“

Doch genau daran zweifeln die Verweigerer nun. 130 Unterzeichner klingen nach wenig, doch sie lassen erahnen, dass viele andere über einen solchen Schritt zumindest nachdenken. „Für manche von uns ist die rote Linie bereits überschritten, für andere kommt sie näher“, heißt es in dem Brief.

Das bisherige Versagen der Regierung, die Geiseln zurückzubringen, sei nur „the straw that broke the camels back“, also in etwa: der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, sagt Kresch. Die Unterzeichner seien teils zermürbt von ihren Erlebnissen im Krieg, teils geschockt von der politischen Stimmung in ihren Einheiten oder auch schlicht desillusioniert von der Tatsache, dass das Ziel dieses Kriegs zunehmend schwer auszumachen scheint.

„Wir, die wir mit Hingabe gedient und dabei unser Leben riskiert haben, geben hiermit bekannt, dass wir unseren Dienst nicht fortsetzen können“, schreiben sie.

Auf dem Platz vor dem Kunstmuseum lehnt sich Kresch, erschöpft wirkend, in den weißen Plastikstuhl zurück und schaut hinüber zu HaKirija, dem markanten Hochhaus des Verteidigungsministeriums, auf dessen Dach ein Hubschrauberlandeplatz thront.

„Für mich ist nach dem 7. Oktober mein Glauben zerbrochen, dass die Regierung dieses Land zu einem besseren Ort machen will.“

Kresch ist nicht unbedingt der Prototyp eines linken Pazifisten: Aufgewachsen in den USA in einer religiös-zionistischen Gemeinde, zog er 2014 im Alter von 18 Jahren aus Überzeugung nach Israel, seine Eltern und Geschwister folgten. Er leistete seinen Wehrdienst in der Spezialeinheit Egoz und verpasste seither keinen einzigen Reservedienst. (...)

Extreme Empathielosigkeit

Manche Offiziere kritisieren laut Krieg, dass religiös-zionistische Ideen inzwischen die Leitlinien für den Einsatz und das Verhalten der Soldaten und Kommandeure am Boden beeinflussen würden. Im Januar forderten laut dem Militärsoziologen Yagil Levy 90 Kommandeure von Reservebataillonen die Armeeführung auf, in Gaza, im Libanon und im Westjordanland nicht zu stoppen, bevor der „Sieg“ erreicht wäre.

Ihre Rhetorik trage zur Entmenschlichung von Palästinensern und zur Geringschätzung des Völkerrechts bei, sagt Krieg. Moderate Israelis würden dem oft wenig entgegensetzen, auch bei ihnen herrsche spätestens seit dem 7. Oktober extreme Empathielosigkeit gegenüber Palästinensern.

„All das ist nicht neu“, sagt Max Kresch auf dem Platz der Geiseln in Tel Aviv. Er habe sich während seiner Reservedienste vor dem Krieg als „Stimme der Vernunft“ gesehen, etwa bei Einsätzen im Westjordanland. „Ich habe nicht erst nach dem 7. Oktober das erste Mal jemand von ‚menschlichen Tieren‘ sprechen hören, wenn es um Palästinenser ging“, sagt Kresch.

Einmal, bei einem Einsatz vor zweieinhalb Jahren, holt seine Einheit festgenommene Palästinenser aus Ramallah ab. Die Männer sind gefesselt und tragen Augenbinden: „Wir wussten nicht, was sie getan hatten.“ Als

Kresch einen der Gefangenen im Transporter umsetzt, weil ihm Wasser aus der Klimaanlage auf den Kopf läuft, fragt ihn einer der anderen Soldaten verwundert, warum er „dieses Tier“ so menschlich behandelt.

Eine Woche nach der Veröffentlichung des Briefs hat Kresch das Militär am Telefon. „Sie haben angefangen, mich und die anderen anzurufen“, sagt er. Er sei gefragt worden, ob er seine Entscheidung zurücknehmen wolle, andererseits könne es Konsequenzen haben. Manche habe das verunsichert.

Ins Gefängnis sei bisher aber niemand gekommen, die Regierung wolle wohl nicht noch zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit generieren, vermutet Kresch.

Minister und Rechte hätten sie „erwartbar“ als Verräter beschimpft. Darüber hinaus aber sei ihnen viel Verständnis entgegengebracht worden. Kresch ermutigt das: „Nicht nur wir haben das Gefühl, dass mit der Ablehnung eines Waffenstillstands und der Rückkehr der Geiseln ein Versprechen zwischen der Regierung und den Menschen zerbrochen ist.“

Er habe dem Anrufer von der Armee gesagt, „dass sie uns ernst nehmen müssen und dass wir nur die Spitze des Eisberges sind“. Denn gefährlicher als jeder Gegner von außen seien Soldaten, die nicht mehr wüssten, wofür sie kämpfen.

— —

10. taz: Israelische Staatsbürger innen rufen zu wirksamem internationalem Druck für einen sofortigen Waffenstillstand auf

<https://taz.de/Offener-Brief-fuer-einen-Waffenstillstand/!6042617/>

und

<https://israelicizensforin.live-website.com/german/>

Offener Brief für einen Waffenstillstand

Wir Israelis fordern von der Welt mehr Druck auf unser Land

Mehr als 3.000 Israelis haben diesen offenen Brief unterzeichnet.

Sie fordern, „jede mögliche Maßnahme“ zu nutzen, um „uns vor uns selbst zu retten“.

28.10.2024 17:33 Uhr

Wir, israelische Staatsbürger*innen, die in und außerhalb Israels leben, rufen die internationale Gemeinschaft – die UN, die USA, die EU, die Arabische Liga und alle Staaten – auf, sofort einzugreifen und jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um einen sofortigen Waffenstillstand zwischen Israel und dessen Nachbarstaaten zu erreichen.

Das ist geboten, um die Zukunft beider Völker in Israel/Palästina und aller Völker der Region sowie ihr Recht auf Sicherheit und Leben zu wahren.

Viele von uns setzen sich seit Jahrzehnten gegen die Besatzung und für Frieden und eine gemeinsame Zukunft ein. Wir sind von Liebe zu diesem Land und seinen Bewohner*innen angetrieben, und wir machen uns um seine Zukunft Sorgen.

Wir sind entsetzt über die Kriegsverbrechen, die von der Hamas und anderen Organisationen am 7. Oktober begangen wurden, und wir sind entsetzt über die zahllosen Kriegsverbrechen, die von Israel seither begangen werden.

Leider unterstützt die Mehrheit der Israelis die Fortsetzung des

Krieges und der Massaker, und ein Wandel von innen ist derzeit nicht möglich. Der Staat Israel befindet sich auf einem selbstmörderischen Kurs und sät Zerstörung und Verwüstung, die Tag für Tag zunehmen.

Die israelische Regierung hat ihre entführten Bürger*innen im Stich gelassen (und manche davon getötet). Sie hat die Bewohner des Südens und des Nordens Israels vergessen, und sie hat das Schicksal und die Zukunft aller ihrer Bürger aus dem Auge verloren.

Die palästinensischen Bürger Israels werden von den staatlichen Behörden und von der breiten Öffentlichkeit verfolgt und zum Schweigen gebracht. Wir sind der Meinung, dass die Repression, die Einschüchterung und die politische Verfolgung viele, die unsere Ansichten teilen, davon abhalten, sich diesem Aufruf anzuschließen.

Stoppt die Massaker!

Jeder Tag, der vergeht, lässt jegliche Aussicht auf Versöhnung, Frieden und eine Zukunft, in der jüdische Israelis in Sicherheit leben können, in weitere Entfernung rücken. Dies zu erreichen, wird langwierige Prozesse erfordern. Die ständigen Massaker und Zerstörungen aber müssen sofort gestoppt werden!

Das Fehlen eines wirklichen internationalen Drucks, die Fortsetzung der Waffenlieferungen an Israel, die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Partnerschaften sowie die wissenschaftliche und

kulturelle Zusammenarbeit lassen die meisten Israelis glauben, dass die israelische Politik internationale Unterstützung genießt.

Die Staats- und Regierungschefs vieler Länder geben immer wieder Erklärungen ab, in denen sie die israelischen Operationen verbal anprangern. Aber diese Verurteilungen werden nicht durch konkretes Handeln gedeckt. Wir haben genug von leeren Worten und Erklärungen.

Bitte, für unsere Zukunft und die Zukunft aller Bewohner Israels und der Region, retten Sie uns vor uns selbst und üben Sie wirklichen Druck auf Israel aus, um einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen.

Anmerkung: Der offene Brief ist auf Französisch in der Libération sowie auf Englisch im Guardian erschienen.

--

11. Standing Together

<https://www.standing-together.org/en>

Standing Together

Standing Together ist eine progressive Graswurzelbewegung, die jüdische und palästinensische Bürger Israels gegen die Besatzung und für Frieden, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit mobilisiert.

Wir wissen, dass die Mehrheit weit mehr gemeinsam hat als das, was uns unterscheidet, und dass nur eine winzige Minderheit vom Status quo profitiert. Die Zukunft, die wir wollen – Frieden und Unabhängigkeit für Israelis und Palästinenser, volle Gleichheit für alle in diesem Land und echte soziale, wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit – ist möglich.

Um diese Zukunft zu erreichen, müssen wir als Einheitsfront zusammenstehen: Juden und Palästinenser, Säkulare und Religiöse, Mizrahi und Aschkenasen, Land und Stadt, Menschen aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen.

Als größte jüdisch-arabische Graswurzelbewegung in Israel setzen wir uns dafür ein, eine Alternative zu unserer bestehenden Realität zu schaffen und die politische Kraft aufzubauen, um diesen Wandel zu ermöglichen.

Die Arbeit, die wir leisten, um einen grundlegenden Wandel in der israelischen Gesellschaft herbeizuführen, ist ohne die Unterstützung von Menschen wie Ihnen unmöglich.

Als Graswurzelbewegung sind wir stark von Mitgliedsbeiträgen und unserer Spendergemeinschaft abhängig. Indem Sie ein beitragendes Mitglied von Standing Together werden, werden Sie zu einem Partner in unserem Kampf für eine gerechtere und gleichberechtigte Zukunft. Gemeinsam können wir unsere Träume in die Realität umsetzen.

— —

12. IPG: Koalition der Mittelmächte

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/koalition-der-mittelmaechte-7867/?utm_campaign=de_40_20241025&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Global

25.10.2024

Alexandra Sitenko

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der globalen Friedens- und Sicherheitsordnung, der Geopolitik

in Eurasien und den Beziehungen zwischen Russland und dem Globalen Süden.

Koalition der Mittelmächte

Auf ihrem Gipfel im russischen Kasan wirbt die BRICS-Allianz um den Globalen Süden. Das Versprechen: die Überwindung der westlichen Vormacht.

In Kasan ist der dreitägige BRICS-Gipfel unter Russlands Vorsitz zu Ende gegangen. Mehr als 200 Veranstaltungen waren übers Jahr in mehreren russischen Städten zur Vorbereitung des Gipfeltreffens abgehalten worden.

Die Teilnahme von mehr als 30 Delegationen, 22 Staats- und Regierungschefs und mehreren Vertretern internationaler Organisationen konnte auch UN-Generalsekretär António Guterres nicht übergehen, der ebenfalls anreiste und sich am Rande zum ersten Mal seit 2022 mit Wladimir Putin traf.

In seiner Ansprache sagte er unter anderem, die BRICS könnte eine größere Rolle bei der Stärkung des Multilateralismus für die globale Entwicklung und Sicherheit spielen.

Das Gipfeltreffen bestand aus zwei Teilen: einem Treffen der neun Vollmitglieder der Gruppe und einer BRICS+/Outreach-Sitzung zum Thema „BRICS und der Globale Süden – gemeinsam eine bessere Welt aufbauen“. Offensichtlich waren Russlands Bemühungen darauf gerichtet, den wachsenden ökonomischen und politischen Einfluss dieser Staatengruppe zu demonstrieren und zu zeigen, dass es nach der Aggression gegen die Ukraine keineswegs international isoliert sei.

In der westlichen Welt wird die BRICS-Gruppe überwiegend als eine anti-westliche und anti-US-amerikanische Vereinigung wahrgenommen und BRICS-Aktivitäten werden fast ausnahmslos kritisch kommentiert. Anfänglich wollte es die Gruppe jedoch vermeiden, als Herausforderer des Westens gesehen zu werden. Russland selbst war bis 2014 sowohl BRICS- als auch G8-Mitglied.

Ihr Zweck bestand vielmehr in informellen Konsultationen der Mitglieder und nicht in der Formulierung und Umsetzung alternativer, strukturierter politischer Initiativen. In ihren Erklärungen nach den

ersten Gipfeltreffen 2009 in Jekaterinburg und 2010 in Brasília unterstrichen die Teilnehmer die zentrale Rolle der G20 bei der Lösung globaler Probleme und bekannten sich nachdrücklich zur multilateralen Diplomatie, wobei die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen spielen sollten.

Insgesamt dominierte das Thema der globalen Stabilisierung nach der Weltfinanzkrise von 2007/2008 die Agenda.

Ab 2013/2014 nahmen die geopolitischen Spannungen zwischen Ost und West zu. Mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg wuchsen auch die geo- und die außenpolitischen Ambitionen Chinas. Der Machtantritt Xi Jinpings als Staatspräsident und die Verkündung der Belt and Road Initiative im Jahr 2013 beschleunigten diese Tendenz und resultierten im geoökonomischen Konkurrenzkampf mit den USA, während sich der Konflikt zwischen Russland und dem Westen nach der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 zuspitzte.

Diese Entwicklungen spiegelten sich in der Agenda der BRICS wider: Die BRICS-Erklärung von 2015 vom Gipfel im russischen Ufa etwa verurteilt völkerrechtswidrige Wirtschaftssanktionen und vertritt die Auffassung, dass kein Staat seine eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken könne. Russland und China fingen an, die BRICS als ein geopolitisches Instrument in ihrer Konfrontation mit dem Westen zu sehen, während für die anderen drei Mitglieder Wirtschaft, Handel und Entwicklung nach wie vor prioritär waren.

Doch spätestens mit der Aufnahme neuer Mitglieder haben sich die Prioritäten Russlands und Chinas auf der einen und Brasiliens, Indiens und Südafrikas auf der anderen Seite angenähert. Beziehungsweise mussten Moskau und Peking ihre hegemoniale Attitüde etwas zurückstellen. Auf dem 15. Gipfeltreffen im südafrikanischen Johannesburg im August 2023 wurden Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eingeladen, zum 1. Januar 2024 der Vereinigung beizutreten.

Allerdings lehnte der neue argentinische Präsident Javier Milei die Mitgliedschaft nach seinem Amtsantritt im Dezember 2023 ab, während Saudi-Arabien sich dafür entschied, vorerst auf eine formale Mitgliedschaft zu verzichten und stattdessen am Format BRICS+/Outreach teilzunehmen.

Die meisten der neuen Mitglieder verfolgen außenpolitisch ein Gleichgewicht zwischen der Partnerschaft mit dem Westen und der Aufrechterhaltung starker Beziehungen zu China und Russland.

Die meisten der neuen Mitglieder, wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder Ägypten, verfolgen außenpolitisch ein Gleichgewicht zwischen der Partnerschaft mit dem Westen und der Aufrechterhaltung starker wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu China und Russland. Äthiopien unterhält ebenso enge Beziehungen zu Moskau und Peking, die seine wichtigsten Handelspartner sind, und ist gleichzeitig ein langjähriger Partner der USA.

Nach Ansicht des äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed ist die Mitgliedschaft seines Landes in der BRICS-Gruppe wichtig, um zur Vertiefung der Süd-Süd-Kooperation beizutragen. Somit ist die BRICS für alle neuen Mitglieder mit Ausnahme Irans zwar eine Alternative zum Westen, aber nicht explizit Ausdruck einer anti-westlichen Politik.

Die Mehrheit der BRICS-Mitglieder will eine alternative Plattform haben, die ihren (entwicklungs-)politischen und ökonomischen Interessen und ihrem wachsenden Gewicht in der Welt eine Stimme gibt. Im Rahmen der bestehenden multilateralen Institutionen fühlen sie sich offensichtlich nicht genügend gehört.

Präsident Putin hat vor Beginn des Gipfels in Kasan erklärt, dem Wortlaut des indischen Premierministers Narendra Modi folgend, dass die BRICS eine nicht-westliche, aber keine anti-westliche Gruppe sei. Sicherlich wollte er damit die neuen und potenziell neuen Mitglieder abholen. Auch wenn die Erweiterung letztendlich hinter den ursprünglichen Ankündigungen zurückblieb, hat sie den Bedeutungszuwachs der BRICS-Staatengruppe und eine größere Popularität unter den Ländern des sogenannten Globalen Südens erreichen können:

Mehr als 30 Staaten sind seitdem an einer Zusammenarbeit mit der BRICS als Mitglied oder Partner interessiert. Das diesjährige Motto „Stärkung des Multilateralismus für eine gerechte globale Entwicklung und Sicherheit“ spiegelt ausdrücklich die Anliegen des sogenannten Globalen Südens wider, wie globale Gerechtigkeit und Entwicklung.

In dieser Hinsicht ist es eine Ironie des Schicksals, dass der BRICS-Gipfel in Kasan fast zeitgleich mit der Jahrestagung zweier Bretton-Woods-Institutionen – des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank – in Washington begann. Zumal die Forderung nach einer Reform der Bretton-Woods-Institutionen, einschließlich einer stärkeren Vertretung der Entwicklungs- und Schwellenländer in Führungspositionen, zu den ersten der insgesamt 134 Punkte des BRICS-Abschlusskommuniqués gehört.

Einhellig fordern die BRICS die Aufhebung unilateral verhängter Wirtschaftssanktionen.

Die BRICS-Mitglieder begrüßten ferner die Initiative der russischen Seite, eine Plattform für den Getreidehandel innerhalb der BRICS zu gründen und sie später auch auf andere landwirtschaftliche Sektoren auszuweiten. Die Verwendung von Landeswährungen bei Finanztransaktionen zwischen den BRICS-Ländern und ihren Handelspartnern wurde von allen befürwortet. Die staatliche russische Entwicklungs- und Investmentgesellschaft VER.RF hat mit China und Südafrika bereits Vereinbarungen über die Gewährung von Kreditlinien in den Landeswährungen unterzeichnet.

Außerdem kamen die Mitgliedstaaten überein, die Machbarkeit der Einrichtung einer unabhängigen Zahlungs- und Reservenplattform (BRICS Clear) zu prüfen. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass demnächst ein BRICS-Zahlungssystem eingeführt wird. Einhellig fordern die BRICS die Aufhebung unilateral verhängter Wirtschaftssanktionen.

Auch wenn die meisten BRICS-Mitglieder (bis auf den Iran) Russlands Position zum Krieg gegen die Ukraine nicht teilen und diesen so schnell wie möglich beendet sehen wollen, war dieses Thema für die meisten Gäste des Gipfels nicht prioritär. Aber immerhin heißt es dazu in der Abschlusserklärung: „Wir erinnern an die jeweiligen nationalen Positionen zur Lage in der und um die Ukraine, die in den einschlägigen Gremien, einschließlich des UN-Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung, dargelegt wurden.“

Wir betonen, dass alle Staaten im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen in ihrer Gesamtheit und ihren Wechselbeziehungen handeln müssen. Wir nehmen mit Genugtuung die entsprechenden Angebote zur Vermittlung zur Kenntnis, um eine friedliche Lösung des Konflikts durch Dialog und Diplomatie zu gewährleisten.“ Viel größere Aufmerksamkeit wird den Situationen im Nahen Osten, im Sudan, in Haiti und Afghanistan gewidmet.

Israels Vorgehen wird stark kritisiert, während die Hamas (ohne ausdrücklich genannt zu werden) aufgefordert wird, die noch verbliebenen israelischen Geiseln freizulassen. Die dringende Notwendigkeit eines sofortigen, umfassenden und dauerhaften Waffenstillstands im Gazastreifen wird unterstrichen.

Der Globale Süden ist zwar der Adressat für die meisten BRICS-Initiativen, aber der Osten ist mit Russland, Indien und China der ursprüngliche, starke Kern der Gruppe. Aus Sicht Moskaus war die Etablierung des RIC-Formats 2006 in Sankt Petersburg der Wegbereiter für die BRICS-Austauschplattform, was der russische Präsidentenberater Jurij Uschakow im Briefing zum BRICS-Gipfel auch betonte.

Dass sich die Staatsoberhäupter Indiens und Chinas nach einer fünfjährigen Eiszeit wegen eines Grenzkonflikts nun wieder bilateral in Russland treffen, kann Putin als diplomatischen Erfolg verbuchen.

Angesichts des wachsenden globalen Einflusses Indiens ist es nicht auszuschließen, dass Delhi auch in der BRICS eine zunehmend prominente Rolle als Stimme des Globalen Südens spielen will und so das interne Kräfteverhältnis beeinflussen könnte.

Die neueste indisch-chinesische Vereinbarung über Militärpatrouillen beider Seiten entlang der Demarkationslinie im Himalaja stellt einen Schritt zur Entschärfung ihres Grenzstreits dar, der zur Verbesserung ihrer bilateralen Beziehungen und folglich zu einer kooperativeren Zusammenarbeit in der BRICS beitragen könnte.

Insgesamt spiegelt der Gipfel die in der Konzeption von 2023 verankerten Prioritäten der russischen Außenpolitik wider.

Das Gewicht des Ostens drückt sich auch in der veröffentlichten Liste der Partnerländer der Gruppe aus – einer neuen Kategorie, die es den Ländern erlaubt, mit der BRICS zusammenzuarbeiten, ohne gleich Mitglied zu werden. Im Juni 2024 wurde bekannt, dass die BRICS-Länder mit überwältigender Mehrheit beschlossen haben, vorerst keine neuen Vollmitglieder aufzunehmen.

Zu den neuen Partnerländern gehören: Algerien, Belarus, Bolivien, Kuba, Indonesien, Kasachstan, Malaysia, Nigeria, Thailand, die Türkei, Uganda, Usbekistan und Vietnam.

Insgesamt spiegelt der Gipfel die in der Konzeption von 2023 verankerten Prioritäten der russischen Außenpolitik wider: Aufbau der Großen Eurasischen Partnerschaft und Ausbau der Beziehungen zum Globalen Süden. Es ist kein Zufall, dass Russland das Treffen in Kasan ausgerichtet hat.

Die in Europa liegende Hauptstadt der Republik Tatarstan ist seit 2009 Standort des Forums „Russland – Islamische Welt“. Die Wahl des Ausrichtungsortes ist eine Geste gegenüber dem asiatischen Kontinent und der islamischen Welt, wo Russland auf wichtige Verbündeten zählen kann.

„Forget the BRICS“ titelten 2014 sowohl The Guardian als auch das Time Magazine unisono. Zehn Jahre später hieß es, die BRICS sei eine „geopolitische Herausforderung“. Zweifellos ist eine Dynamik in der

Entwicklung der BRICS zu verzeichnen, sowohl inhaltlich als auch institutionell.

Als gemeinsamer Nenner nach dem Gipfel in Kasan bleibt festzuhalten, dass bei allen Unterschieden und Differenzen zwischen den Mitgliedern und Partnern die BRICS eine Koalition von größtenteils aufstrebenden Mittelmächten ist, die die westliche Vormacht vor allem in der globalen Handels- und Finanzarchitektur überwinden und eine größere Stimmendiversität in der Weltpolitik erreichen wollen.

— —

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt

Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015

Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt